

CSU will den Haushalt kippen

FAMILIENOFFENSIVE Der Ablehnung von OB Andreas Starke zum Trotz wollen die Christsozialen im Stadtrat an ihrem Förderprogramm festhalten und dafür die Haushaltssatzung ändern.

VON UNSEREM REDAKTIONSWARTSLEDER
MICHAEL WEHNER

Bamberg – Eine wahrhaft gewaltige Summe. 2,4 Millionen Euro will die Bamberger CSU bei der letzten Stadtratssitzung vor der Wahl und damit gleichsam in letzter Minute für verschiedene Projekte der Familienförderung und des Klimaschutzes investieren. Doch das Projekt, von dem arbeitslose Jugendliche bis hin zum Kinderkulturverein Chapeau Claque profitieren sollen, ist aus haushaltsrechtlichen Gründen umstritten: Darf der Stadtrat das Maßnahmenpaket nach Ende der Haushaltsberatungen beschließen, wie die CSU behauptet hat? Oder darf er nicht, weil der zur Genehmigung vorgelegte Haushalt neue Investitionen nicht mehr ermöglicht, wie der Oberbürgermeister erklärt hat?

Beide haben Recht

Um Klarheit in der Streitfrage zu erhalten, hat unsere Zeitung mit dem Regierungspräsidenten Wilhelm Wenning gesprochen, auf den sich in widerstreitenden Stellungnahmen sowohl Starke als auch Müller bezogen hatten.

Wenning's Antwort ist eindeutig: „Solange der Haushalt nicht genehmigt ist, dürfen keine überplanmäßigen Ausgaben und damit auch keine Investitionen beschlossen werden, die nicht bereits in den vergangenen Jahren begonnen worden sind“, erklärte der Chef der Genehmigungsbehörde in Bayreuth. Weil es sich beim Antrag der CSU um neue Projekte handelt, dürfe darüber nicht nachträglich entschieden werden.

Andererseits hatte auch Helmut Müller nicht Unrecht mit seiner Aussage. Denn der Haushalt kann laut Wenning jederzeit geändert werden, „wenn er noch nicht genehmigt ist“. Dies sei ein Vorgang vergleichbar einer Tektur. „Ungewöhnlich“, sagte



Auch das in finanziellen Schwierigkeiten steckende Bildungsprojekt Zirkus Giovanni beim Don-Bosco-Jugendwerk soll nach den CSU-Vorschlägen mit 30 000 Euro gefördert werden. Foto: pr.

Wenning, „aber nicht unmöglich“. Dieser Eingriff setze aber den richtigen Antrag voraus, und dass die entsprechenden Haushaltsstellen und der Haushalt in Gänze geändert wird. Wenn die Stadt das beschließt, „muss sie uns die erforderlichen Zahlen weiterreichen. Wir prüfen dann den Haushalt in veränderter Form“, sagte Wenning.

CSU will weiterkämpfen

Die CSU will es daran nicht mangeln lassen. „An dem Programm wird abgesehen von kleinen Modifikationen nicht gerüttelt. Wir stellen eben einen neuen Antrag, dass wir den Haushalt verändern wollen“, kündigte Helmut Müller gestern an. Zusammen mit der Fraktion der „Bamberger“ weiß der CSU-Chef eine Mehrheit hinter sich und hofft auf einen Erfolg, zumal auch die Fraktion der GAL Unterstützung für die weitreichenden

sozialen und umweltpolitischen Vorschläge signalisiert hat. – Die Verwaltung stützt sich in ihrer Ablehnung auch auf die bisherige Praxis, „Verbesserungen des Haushalts, die nach Beschlussfassung über die Haushaltssatzung eingetreten sind, nicht sofort für außerplanmäßige Ausgaben heranzuziehen“. Deshalb soll der CSU-Vorschlag nicht beschlossen, sondern zur weiteren Beratung in die Fachsenate verwiesen werden. Auch mit Rücksicht auf die schwankende Kurve der Gewerbesteuererinnahmen, rät das Rathaus zur Zurückhaltung.

Wie berichtet umfasst das Antragspaket der CSU acht Punkte, darunter 260 000 Euro für die Frühstücksbetreuung in Kindergärten, 420 000 Euro für ein Bamberger Modell für Jugendarbeitslosigkeit und eine Million Euro für die energetische Sanierung von städtischen Gebäuden.

Zwischenzeitlich haben auch SPD, Freie Wähler und der Bamberger Bürgerblock Anträge eingereicht, wie die überschüssigen Einnahmen aus den Schlüsselzuweisungen verwendet werden sollen. Die SPD fordert den Kauf des TV-1860-Geländes, um ein Pilotprojekt für die Schaffung von Wohneigentum für Familien mit Kindern in die Wege zu leiten.

TSG „nicht hängen lassen“

Dieter Weinsheimer von den Freien Wählern schlägt eine Wohnbauförderung nach Schweinfurter Vorbild vor. Norbert Tischner (BBB) beantragte gestern, die neu gegründete TSG 2005 mit ihren 1600 Mitgliedern, darunter 800 Jugendliche, „nicht hängen zu lassen“, sondern ihr den für den Grundstückserwerb beim TV-1860-Gelände offenen Betrag von 500 000 Euro zu bezahlen.